Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/7062

04. 05. 90

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Wieczorek (Duisburg), Conrad, Dr. Diederich (Berlin), Diller, Esters, Jungmann (Wittmoldt), Kühbacher, Matthäus-Maier, Nehm, Purps, Reschke, Sieler (Amberg), Dr. Struck, Waltemathe, Walther, Dr. Wegner, Zander, Poß, Börnsen (Ritterhude), Dr. Hauchler, Huonker, Kastning, Dr. Mertens (Bottrop), Oesinghaus, Opel, Reschke, Westphal, Dr. Wieczorek, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD
— Drucksache 11/6933 —

Währungsunion (VI): Währungsunion und Geldpolitik

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen hat mit Schreiben vom 3. Mai 1990 die Kleine Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:

Die Einführung einer Währungsunion der Bundesrepublik Deutschland mit der DDR stellt die Geldpolitik vor große Probleme. Weder die technischen Abläufe, noch die Konsequenzen für die Steuerung der Geldmenge in der Bundesrepublik Deutschland und die resultierenden Auswirkungen auf Preisstabilität, Zinsniveau und Beschäftigung sind bisher transparent.

1. Wie hoch ist die erforderliche Erstausstattung der DDR mit DM-Banknoten und Münzen bei Vollzug der Währungsunion?

Der DM-Bargeldumlauf unmittelbar nach der Umstellung wird sich aus den dann erfolgenden Barabhebungen der privaten Haushalte und Unternehmen ergeben. Legt man den derzeitigen Bargeldumlauf in Mark der DDR zugrunde, dann könnte man den Betrag auf ca. 14 Mrd. DM schätzen.

2. Um wieviel erhöht sich dadurch die gesamte DM-Zentralbankgeldmenge, bzw. die Geldmenge in den Abgrenzungen M1, M2 und M3?

Nach Schätzungen auf der Basis der Einigung vom 2. Mai 1990 wird die DM-Geldmenge in der Abgrenzung M3 bei Berücksichtigung einer Umschichtung in längerfristige Anlagen um 125 Mrd. DM steigen. Die DM-Geldmenge wird sich damit voraussichtlich um rund 10 Prozent erhöhen und insoweit in etwa genau so stark steigen wie das Bruttosozialprodukt in dem gesamten Wirtschafts- und Währungsgebiet. Über die vermutliche Zusammensetzung der Geldmenge in der Abgrenzung M3 (Bargeld, Sichteinlagen, kurzfristige Termingelder, Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist) und die Größen für M1 und M2 lassen sich kaum Angaben machen. Unbekannt sind nämlich nicht nur die künftigen Anlageentscheidungen der DDR-Bewohner, sondern auch die direkt nach der Umstellung verfügbaren Anlagemöglichkeiten bei den Banken.

3. Welchen Münzgewinn erhält der Bund durch Produktion und Ausgabe der DM-Münzen für die DDR 1990 und in den Folgejahren?

Im Nachtragshaushalt 1990 ergibt sich aufgrund der für die DDR vorgesehenen Münzprägung ein Einnahmeüberschuß von 587 Mio. DM. Angaben für die Folgejahre sind im gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht möglich.

4. Welche gesamtwirtschaftlichen und geldpolitischen Probleme in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR erwartet die Bundesregierung, wenn die DM-Erstausstattung der Privaten in der DDR überwiegend nicht zum Kauf heimischer Produkte, sondern für den Erwerb von Importwaren, z. B. aus westdeutscher Produktion, ausgegeben wird?

Die Bundesregierung erwartet, daß die privaten Haushalte in der DDR auch nach der Währungsumstellung Güter und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs nachfragen, die zu einem großen Teil in der DDR selbst hergestellt werden. Ob und inwieweit verstärkt Güter aus der Bundesrepublik Deutschland und aus dem westlichen Ausland nachgefragt werden, ist heute nicht absehbar. Dem müßten darüber hinaus die Käufe westlicher Länder in der DDR gegenübergestellt werden.

5. Wie wird insbesondere die Geldversorgung in der DDR sichergestellt, wenn die für die Erstausstattung zur Verfügung gestellte DM-Geldmenge aus der DDR hinausfließt, weil sie überwiegend für Importe und Reisen ausgegeben wird?

Die Geldversorgung innerhalb des gemeinsamen Währungsraums wird durch die Deutsche Bundesbank sichergestellt. Die Versorgung einzelner Teilmärkte und der Ausgleich zwischen ihnen erfolgt durch marktwirtschaftliche Mechanismen, insbesondere den Mittelfluß über den Interbankenmarkt, wobei der Lenkungsfunktion des Zinses eine wichtige Rolle zukommt.

6. Wie kann die damit zwangsläufig einhergehende Aufblähung der Geldmenge in der Bundesrepublik Deutschland durch geldpolitische Gegenmaßnahmen kompensiert werden, und mit welchen Auswirkungen auf Zinsniveau, Preisniveau und Beschäftigung ist im Zuge dieser voraussichtlichen Entwicklung zu rechnen?

Die Bundesregierung wird in den Verhandlungen mit der DDR nur solchen Umstellungsmodalitäten zustimmen, die keine Inflationsimpulse im Gesamtbereich der Währungsunion entstehen lassen. Die Bundesregierung rechnet deshalb nicht mit einer inflationären Aufblähung der Geldmenge. Die Deutsche Bundesbank wird auch in Zukunft mit Hilfe ihrer währungspolitischen Instrumente, die ihr nach dem Bundesbankgesetz zustehen, unabhängig die Geldmengenentwicklung kontrollieren mit dem Ziel, die Währung zu sichern.

7. Mit welchem Zeitbedarf rechnet die Bundesregierung für den Aufbau eines funktionierenden Bankensystems in der DDR?

Die DDR hat schon im Frühjahr 1990 mit dem Aufbau eines Geschäftsbankensystems begonnen. Zusammen mit der anstehenden Zulassung westdeutscher und ausländischer Kreditinstitute in der DDR ist damit zu rechnen, daß nach der Umstellung ein funktionsfähiges Bankensystem in der DDR besteht.

8. Wie ist die derzeitige Situation im Bankenbereich bzw. Kapitalmarkt der DDR und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Geldpolitik und die Anwendbarkeit des Instrumentariums (z. B. Mindestreservepolitik, Lombard- und Diskontingente, Offenmarktpolitik), das in der Bundesrepublik Deutschland zur Geldmengensteuerung eingesetzt wird?

Mit der Währungsunion ist der Zugang der DDR zu den Finanzmärkten in der Bundesrepublik Deutschland wie den internationalen Kapitalmärkten sichergestellt.

Mit dem Aufbau eines funktionsfähigen Bankensystems in der DDR und dem Übergang der geldpolitischen Befugnisse im Bereich der DDR auf die Deutsche Bundesbank ist gewährleistet, daß die Deutsche Bundesbank die währungspolitischen Instrumente zur Kontrolle der Geldmengenentwicklung voll einsetzen kann.

9. In welcher Weise sollen bei der Entflechtung der Staatsbank die bestehenden Einlagen und Verbindlichkeiten behandelt werden?

Nach den der Bundesregierung vorliegenden Informationen werden die Einlagen und Verbindlichkeiten der Staatsbank von der DDR im Rahmen des Aufbaus des DDR-Bankensystems auf die verschiedenen Kreditinstitute (z. B. Sparkassen, Genossenschaftskassen, Deutsche Kreditbank) verteilt.

10. Wann werden Bankensystem und Kapitalmarkt in der DDR nach Einschätzung der Bundesregierung ergiebig genug sein, um den Finanzbedarf des Staates und der Privaten in der DDR zu decken?

11. Wie hoch schätzt die Bundesregierung vor diesem Hintergrund die Belastung des westdeutschen Kapitalmarkts durch die Kreditnachfrage der DDR?

Mit der zu erwartenden Steigerung der Wirtschaftskraft wird die DDR in den nächsten Jahren ihren Kapitalbedarf mehr und mehr selbst decken können. Das hohe Sparaufkommen in der Bundesrepublik Deutschland und die Ergiebigkeit der internationalen Kapitalmärkte lassen erwarten, daß die Kapitalnachfrage der DDR zu angemessenen Bedingungen befriedigt werden kann.

12. Wird die Bundesregierung darauf hinwirken, die für den Herbst 1990 vorgesehene Ausgabe neuer Banknoten in der Bundesrepublik Deutschland auf den Termin des Inkrafttretens der Währungsunion abzustimmen, damit unnötige Kosten durch die Ausgabe alter DM-Noten in der DDR vermieden werden?

Der durch die Währungsunion zunehmende Bedarf an DM-Banknoten übersteigt die technischen Kapazitäten für den Druck der neuen Banknoten. Die Deutsche Bundesbank beabsichtigt deshalb, auch nach dem Tag der Erstausgabe neuer DM-Banknoten (voraussichtlich am 1. Oktober 1990) zusätzlich weitere DM-Banknoten nach dem alten Muster auszugeben. Insoweit entstehen keine zusätzlichen Kosten durch die Ausgabe der alten Banknoten bei Inkrafttreten der Währungsunion.

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333